



Presseschau vom 02.02.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Poroschenko in Berlin – Wird mit Merkel „Plan B“ für Ukraine konzipiert?

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko ist am Montag zu einem Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel nach Berlin gekommen. Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko ist der Meinung, dass es dabei um einen „Plan B“ für die Regelung in der Ukraine gehen wird, weil Kiew offenbar nicht bereit ist, das Minsk-II-Abkommen umzusetzen.

Wie er in einem Sputniknews-Interview mit Marcel Joppa äußerte, wird das ukrainische Parlament die vom Minsk-II-Abkommen vorgesehene Verfassungsreform nicht beschließen können, die eine gewisse Autonomie für den Osten der Ukraine beinhalten soll.

„Möglicherweise ist das im Parlament nicht durchsetzbar, weil es zu viele nationalistische Kräfte gibt“, sagte er.

„Nach meinen Informationen will man dort jetzt neue Bedingungen formulieren, zum Beispiel dass die Separatistenführer von Moskau ausgewechselt werden sollten“, teilte der LINKE-Abgeordnete mit. „Hier werden praktisch neue Bedingungen formuliert, die gar nicht Gegenstand der Minsker Abkommen sind. Das klingt für mich sehr stark danach, dass von Kiewer Seite Minsk II nicht umgesetzt werden wird.“

„Ich will zwar nicht Minsk II aufgeben, aber ich muss auch ehrlich sagen, dass mich die bisherigen Signale sehr kritisch machen, was die Chancen zur Umsetzung angeht“, betonte der Abgeordnete.

„Wenn Poroschenko jetzt bei Merkel ist, wäre es schon wichtig, dass die deutsche Seite wirklich sagt: Ihr müsst diese Verfassungsreform umsetzen. Man kann den Besuch aber auch anders interpretieren: Dass jetzt darüber gesprochen wird, wie man mit einer

Nichtumsetzung der Verfassungsreform umgeht. Und vielleicht wird diesbezüglich auch eine neue Kommunikationsstrategie entwickelt.“

„Man muss sehr genau hinschauen, was da herauskommt. Die deutsche und auch die europäische Seite sagen ja, sie hätten einen "Marshall-Plan" für die Ukraine“, so Hunko abschließend. „Diese würde eine Hilfe von 100 bis 200 Milliarden Euro beinhalten. Und dieser könne nur dann aktiviert werden, wenn Minsk II vollständig umgesetzt wird, auch von der ukrainischen Regierung. Ich bin also sehr gespannt, was bei den Gesprächen herauskommt.“



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30752/11/307521143.jpg>

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feuereinstellung im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR verletzt. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Am 1. Februar von 20:50 bis 21:52 erfolgt ein Beschuss aus Richtung Trjochisbjonka auf das Gebiet östlich von Prischib nahe der T-förmigen Kreuzung mit Panzertechnik sowie 120mm-Granatwerfern, 82mm-Granatwerfern und Abwehrgeschützen.

Von 22:20 bis 22:30 haben Kiewer Truppen wieder den Bereich der T-förmigen Kreuzung aus Richtung Trjochisbjonka mit 120mm-Granatwerfern beschossen.

Über Verletzte wird nichts mitgeteilt.

De.sputniknews.com: Trotz Kritik aus Kiew: Film über Maidan geht in Frankreich auf Sendung

Die französische Doku „Masken der Revolution“ ist am Montagabend trotz Kiews Widerstand auf Sendung gegangen. Der Film ist eine Spezialrecherche zu den Ereignissen in der Ukraine im Februar 2014 – vom Maidan bis zum Massaker in Odessa.

Früher hatte die ukrainische Botschaft in Frankreich den Sender Canal+ per Facebook darum gebeten, auf die Ausstrahlung des Filmes zu verzichten. „Masken der Revolution“ vermittele „eine verkehrte und falsche Vorstellung von der Situation in der Ukraine“, so die Erklärung der Botschaft.

Die Doku des französischen Journalisten und Regisseurs Paul Moreira ist eine Spezialrecherche zu den Ereignissen in der Ukraine im Februar 2014. In dem Film geht es unter anderen um die rechtsradikalen, von den USA unterstützten Gruppierungen sowie um das Massaker in Odessa, das ukrainische Nationalisten begangen hatten.

„Paul Moreira demaskiert die heutige Ukraine und recherchiert in der Schusslinie des neuen 'Kalten Krieges' zwischen Ost und West“, so der Sender Canal+.

Der Autor der Dokumentation und bekannte Fernsehjournalist Paul Moreira hatte früher gegenüber RIA Novosti gesagt: „Das (Massaker – Anm. der Red.) wurde in Europa völlig verschwiegen, man wusste darüber nichts so richtig, auch ich nicht. Als ich dorthin (nach Odessa – Anm. d. Red.) kam, war ich bestürzt: 45 Menschen waren im Herzen Europas ermordet worden, und niemand wusste etwas davon!“

Während der Dreharbeiten sprach der Journalist auch mit Vertretern des Freiwilligen-Bataillons „Asow“ und der Nationalisten-Miliz „Rechter Sektor“ und untersuchte den Einfluss der USA auf die Geschehnisse im Land. Angesprochen werden beispielsweise die Besuche von Ex-CIA-Direktors David Petraeus und der US-Vizeaußenministerin Victoria Nuland in der Ukraine.

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben in der letzten Nacht auf die nördliche Vorstadt Gorlowkas etwa 80 Granatgeschosse abgeschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Ukrainische Truppen haben in der Nacht anderthalb Stunden lang den von der DVR kontrollierten Teil von Sajzewo beschossen. Insgesamt wurden von den Positionen der ukrainischen Seite etwa 80 Granatgeschosse der Kalibers 82 und 120mm abgeschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner aus dem benachbarten Dorf Showanka unter anderem kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Ukrinform.ua: Die Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit sind im vergangenen Jahr in der Ukraine um 1,5 Mal (um 32,1 Milliarden Hrywnja) im Vergleich zu 2014 auf 95,8 Milliarden Hrywnja gestiegen.

Das teilt die Regierung in ihrem Rechenschaftsbericht mit. Der Bericht wird auf dem Regierungsportal veröffentlicht.

Dem Bericht zufolge wurden 2015 4714 Stück der neuen und modernisierten Technik, 401 500 Stück Munition, 14 982 kryptografische Schlüssel beschafft. Es gehe um modernisierte Flugzeuge und Hubschrauber, Panzer, Schützenpanzer, Militärlastwagen, Artilleriegeschütze, Panzerabwehrwaffen u.a.m.

2015 wurden 7 Projekte im Beschaffungsbereich, in den Bereichen Verwaltung von staatlichen Unternehmen, Verpflegung und Wohnungen für Militärangehörigen gestartet. Mit der Einführung eines Systems der elektronischen Beschaffung konnten erhebliche Staatsmittel gespart werden.

Im Vorjahr wurden neue Verpflegungsnormen, die fast den Nato-Normen entsprechen und neue Standards der medizinischen Versorgung eingeführt.

De.sputniknews.com: Berlin: Poroschenko blamiert sich vor Freude über zugesagte Finanzhilfe

Am Montag hat der Arbeitsbesuch des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Berlin begonnen. Nach dem ersten Verhandlungstag mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel traten beide Politiker vor die Presse, um eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Merkel bemerkte bei den Verhandlungen, dass „wir weiterhin keinen nachhaltigen Waffenstillstand (im Donbass – d. Red.) haben“, obwohl ein Rückgang der militärischen

Aktivitäten zu verzeichnen sei.

Poroschenko bestätigte ihre Worte: „Gegenwärtig haben wir ihn (den Waffenstillstand – d. Red.) nicht. Die Leute sterben immer noch an der Berührungslinie“, sagte er.

Die deutsche Kanzlerin merkte an, dass reale politische Vereinbarungen noch bevorstehen. Bisher seien die Bedingungen für eine Aussetzung der Sanktionen gegen Russland nicht gegeben, sagte sie. Wenn die Vereinbarungen von Minsk umgesetzt sein werden, würde „die Voraussetzung für die Aussetzung der Sanktionen“ geschaffen sein, doch man sei noch nicht so weit, sagte Merkel. Poroschenko bemerkte, dass die ukrainische Regierung „keine anderen Varianten sehe, als sich an die Vereinbarungen von Minsk zu halten“, doch es seien „weitere Schritte zur Erreichung des Friedens notwendig“

Merkel versprach, die finanzielle Unterstützung der Ukraine fortzusetzen. Sie erinnerte daran, dass die deutsche Bundesregierung der Ukraine im Jahr 2015 im Rahmen des Aktionsplanes 700 Millionen Euro zur Verfügung gestellt habe. „Und wir wollen unsere Unterstützung 2016 fortsetzen“, resümierte sie.

Am Ende der Gespräche, nach der gemeinsamen Pressekonferenz, eilt Poroschenko – offenbar aus Freude über die versprochene Finanzhilfe – davon und vergisst, der deutschen Kanzlerin die Hand zu drücken, was ein Verstoß gegen das Protokoll ist. Merkel musste Poroschenko buchstäblich hinterherlaufen, um ihn aufzuhalten. Das protokollgemäße Händedrücken fand mit einem Lächeln beider Politiker statt.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30752/67/307526799.jpg>

Dan-news.info: Kommunale Beschäftigte der DVR haben im Verlauf der in Minsk getroffenen Vereinbarungen 71 Beschädigungen an der Wasserleitung Sewerskij Donezk-Donbass bei Gorlowka repariert. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Im Zeitraum vom 18. bis zum 31. Januar wurden Reparaturarbeiten am Wasserversorgungsnetz von „Woda Donbassa“ durchgeführt. Es wurden 71 Schäden repariert“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Im Verteidigungsministerium wurde erklärt, dass in der derzeitigen Reparatur- und Wiederaufbauetappe unwesentliche Schäden in Ordnung gebracht werden – in der Größenordnung zwischen 220 und 320mm und 10 bis 250 mm. Außerdem haben die kommunalen Arbeiter Teilstücke der Leitung ausgetauscht, die nicht repariert werden konnte. Wie ein Vertreter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ berichtete, wird es die Reparatur der durch Beschüsse beschädigten Wasserleitung im Bereich der Schuma-Schlucht bei Gorlowka erlauben, den Umfang der Wasserzufuhr in den Städten im Süden des Donbass zu erhöhen. Insbesondere in Gorlowka, Makejewka, Donezk, Awdejewka, Wolnowacha, Mariupol und andere.

Dnr-online.ru: Der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR, die Abteilung für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung der Verwaltung des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk führt eine breite Informationsarbeit durch, um die Bürger über ihre Rechte auf soziale Unterstützung zu informieren.

In Erfüllung des Erlasses des Oberhauptes der DVR Nr. 449 vom 7.12.2015, der eine Erhöhung des Umfangs der Hilfe für die am wenigsten geschützten Kategorien der Bevölkerung vorsieht, werden Informationstafeln in der Abteilung aufgestellt, Treffen mit Bürgern durchgeführt, außerdem werden telefonische Beratungen durchgeführt. Auf diese Weise können Bürger bereits im Januar ihr Recht auf die Zahlungen wahrnehmen.

De.sputniknews.com: Russland: Weniger Handel mit EU und mehr Investitionen aus dem Ausland

In den letzten anderthalb Jahren ist der Handelsumsatz zwischen Russland und der Europäischen Union um 37 Prozent geschrumpft, schreibt die „Rossijskaja Gaseta“ am Dienstag unter Berufung auf den russischen Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew. Diese Angaben führte Uljukajew bei einem Treffen mit Vertretern der Association of European Businesses (AEB) in Moskau an.

„Wir sehen einen wesentlichen Zuwachs ausländischer Investitionen“, stellte er fest. „Er ist zwar wesentlich geringer als im Spitzenjahr 2013, als Russland weltweit den dritten Platz nach dem Umfang ausländischer Investitionen belegte. Dennoch kommen Investoren zu uns, es werden neue Betriebe eröffnet.“

AEB-Generaldirektor Frank Schauff schätzte den Anteil der EU-Länder an den Investitionen in Russland auf 60 bis 70 Prozent. Zugleich stellte er fest, dass Russlands Handelsumsatz nicht nur mit den Europäern, sondern auch mit anderen Ländern zurückgegangen sei, und zwar nicht nur wegen der antirussischen Sanktionen seitens der EU, sondern auch wegen der internationalen Wirtschaftskrise.

Zu den Faktoren, die zu einem neuen Aufschwung der Handelsbeziehungen zwischen Russland und Europa führen könnten, sagte Schauff, dass sehr viel von der Dynamik der Öl- und Gaspreise abhängt. Bei einem Anstieg der Preise für Energieträger würde Russlands Interesse an ausländischen Produkten steigen, in erster Linie an europäischen High-Tech-Waren wie Maschinen, Produkten der chemischen Industrie und der Pharmazie. Die aktuelle Situation in Russland schätzte er als günstig für den Importersatz ein. Der AEB-Chef warnte jedoch, dass Russland damit nicht versuchen sollte, seinen Markt für ausländische Unternehmen zu schließen. Uljukajew versicherte allerdings, dass die Orientierung am Importersatz keineswegs zur Isolation Russlands führen werde.

Zudem verwies er darauf, dass Moskau vor allem daran interessiert sei, dass ausländische Investoren nach Russland kommen und hier ihre Betriebe errichten, damit Produkte nicht aus dem Ausland importiert werden, sondern hierzulande hergestellt werden.

Der Minister dementierte zugleich Behauptungen, Russlands Wirtschaft würde sich jetzt gen Osten umorientieren, um den negativen Einfluss der westlichen Sanktionen zu verhindern.

„Das stimmt nicht. (...) Wir wollen einfach eine stabilere Entwicklungsbasis haben“, unterstrich er. Es gehe vor allem um die Beseitigung des aktuellen Handelsungleichgewichts: „Es ist ja zuverlässiger und stabiler, auf beiden Beinen statt nur auf einem zu stehen.“

Europa ist und bleibt nach seinen Worten Russlands wichtigster Handelspartner: „Die historische Wahl für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Europa als vorrangigem Partner ist offensichtlich.“ Zugleich plädierte Uljukajew für die baldmöglichste Wiederaufnahme der Regierungskontakte mit den EU-Ländern nach fast zwei Jahren Pause.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht einen Teil von Sajzewo beschossen, in der Folge wurden mehr als zehn Häuser beschädigt. Dies teilte heute die Verwaltung des Ortes mit.

„In Sajzewo wurden Häuser in der General-Kondratenko-Straße von den Nummern 110 bis 150 beschädigt, Lazis-Straße 16, 215, 36, Rybalko-Straße 210, Karbyschew-Straße 67, in der Poletajew-Straße wurde die halbe Straße zerstört“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nachmittags:

Ukrinform.ua: Das ukrainische Parlament hat am Dienstag einen Gesetzentwurf Nr.3524 „Über Verfassungsänderungen bezüglich der Rechtspflege“ in erster Lesung beschlossen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.
Der Gesetzentwurf reichte Staatschef Petro Poroschenko ein. Für den Entwurf stimmten 244 Abgeordnete der Werchowna Rada.
Ziel des Gesetzes sei die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Judikative, die Erhöhung der professionellen Kompetenz der Richter, die Einschränkung der Immunität von Richtern auf die funktionelle Immunität, die Gewährleistung der institutionellen Fähigkeiten der Staatsanwaltschaft, der Anwaltschaft und der Vollstreckungsbehörde, heißt es in der Denkschrift zum Papier.
Die Verfassungsänderungen sehen vor, dass der Präsident der Ukraine den Generalstaatsanwalt der Ukraine mit der Zustimmung des Parlaments ernennt und entlässt. Gemäß diesem Gesetzentwurf behält sich das Parlament das Recht vor, dem Generalstaatsanwalt das Vertrauen entziehen, was seinen Rücktritt zur Folge hat.
Statt des Obersten Justizrats wird im Land der Oberste Rat für Rechtspflege eingerichtet. Der Rat wird sich mit Richterauswahlverfahren und mit Entlassungen der Richter befassen. Ohne die Zustimmung des Obersten Rates für Rechtspflege kann ein Richter nicht festgenommen werden. Eine Ausnahme ist die Festnahme des Richters gleich nach einer schweren Straftat.
Die Richter werden auf Lebenszeit ernannt.
Der Präsident der Ukraine, das Parlament und der Kongress der Richter ernennen je sechs Verfassungsrichter.

De.sputniknews.com: Nach Treffen mit Poroschenko: Merkel telefoniert mit Putin
Einen Tag nach dem Treffen mit dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Situation im Donbass mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erörtert. Putin und Merkel sprachen sich für einen nachhaltigen Frieden im ostukrainischen Kriegsgebiet aus, teilte der Kreml am Dienstag mit.
Die deutsche Kanzlerin und der russische Präsident „erörterten ausführlich die Regelung der Krise in der Ukraine“ und betonten, dass es keine Alternative zu der Umsetzung der Minsker Abkommen vom Februar 2015 gebe, informiert der Kreml. Konkret seien „die Verfassungsreform in der Ukraine und die Organisierung von Lokalwahlen im Donbass – entsprechend der mit Vertretern von Donezk und Lugansk abgestimmten Gesetzgebung“ – erörtert worden.
Der Kreml lobte das Gespräch als konstruktiv. „Es wurde vereinbart, die aktive Zusammenarbeit im so genannten Normandie-Format fortzusetzen und in den nächsten Tagen ein Außenministertreffen durchzuführen.“
Am Montag hatte Merkel in Berlin den ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko empfangen und ihm weitere Finanzhilfe zugesichert.

Ukrinform.ua: Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Telefon den russischen Präsidenten Wladimir Putin aufgerufen, „seinen Einfluss auf die Separatisten in der Ostukraine“ auszuüben, um die Einhaltung der Abkommen von Minsk zu gewährleisten. Darüber berichtet AFP.

„Die Kanzlerin gab dem Präsidenten Putin zu verstehen, dass von ihm der weitere Fortschritt im Kontext der umfassenden politischen Regelung der Situation im Osten der Ukraine, die Einhaltung der Vereinbarungen des Waffenstillstands und die Gewährung des uneingeschränkten Zugangs zum gesamten Konfliktgebiet für die OSZE-Beobachter abhängen“, berichtet die Nachrichtenagentur unter Bezugnahme auf die Erklärung von Merkel.

Dan-news.info: Ukrainische Soldaten haben morgens den nordwestlichen Teil des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den bewaffneten Strukturen der DVR mit.

„Ukrainische Truppen haben etwa um 11 Uhr morgens mit einem Beschuss des Territoriums in der Nähe des Volvo-Zentrums im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk begonnen. Derzeit dauert der Beschuss an“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Angaben der Quelle hat der Gegner das Feuer mit Granatwerfern der Kalibers 82 und 120mm eröffnet, bei dem Beschuss werden auch Panzertechnik, Abwehrgeschütze und Schusswaffen verwendet. „Der Beschuss erfolgt aus dem Gebiet von Peski“, fügte er hinzu. Informationen über Verletzte und Zerstörungen sind bisher nicht eingegangen.

Gefunden auf der VKontakte-Seite der KP der DVR: Der Vorsitzende des ZK der KP der DVR Boris Litwinow übergab dem Künstlerkollektiv der "Donbass-Oper" Ballettschuhe Am 1. Februar wurde in Donezk eine Lieferung von humanitärer Hilfe von den Mitarbeitern des Staatlichen Akademischen Bolschoi-Theaters in Moskau an die "Donbass-Oper" übergeben. Die Spitzenschuhe und Ballerinas, die der 49. humanitäre Konvoi der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation gebracht hatte, übergab der Vorsitzende des Zentralkomitees KP der DVR Boris Litwinow.

"Insgesamt wurden 144 Paar hochwertiger Ballettschuhe geliefert. In Moskau traf ich mich mit den Künstlern des Bolschoi-Theaters, bei denen ich direkt die Spitzenschuhe und Ballerinas bekam. Die Kommunisten liefern regelmäßig humanitäre Hilfe für die Bewohner der Donezker Volksrepublik, heute sind es Schuhe, vor kurzem Herzschrittmacher für das Institut für Notfall- und Wiederherstellungschirurgie „Gusak“. Wir helfen sowohl Zivilisten als auch Militärangehörigen. Unter den politischen Parteien der Russischen Föderation führt nur die KPRF regelmäßige humanitäre Lieferungen durch", sagte Boris Litwinow.

Die Spitzenschuhe und Ballerinas sind individuell für jeden Künstler der Balletttruppe des Donezker Staatstheaters für Oper und Ballett angefertigt. Sie wurden von den Meistern einer berühmten russischen Firma hergestellt, die Schuhe für die Künstler des Bolschoi-Theaters in Russland macht.

"Heute ist für unser Theater ein Festtag - wir haben eine so wertvolle Lieferung erhalten! Im Verlaufe des Kriegszustandes im Donbass verlor das Theater die Möglichkeit, Verträge mit den Unternehmen, die bisher die Herstellung von Ballettschuhen übernommen haben, abzuschließen. Daher reagierte das Bolschoi-Theater auf unsere Bitte, auch wenn für sie nicht leicht war: die finanziellen Kosten, verschiedene technische Schwierigkeiten.

Aber als sie hörten, dass unser Theater während des gesamten Krieges arbeitete, nahmen die Mitarbeiter des Bolschoi-Theaters die Realisierung dieser Hilfe in Angriff", sagte angesichts der humanitären Lieferung die Geschäftsführerin des Donezker Staatstheaters für Oper und Ballett Natalia Kovaleva.

Wie die Künstlerin der "Donbass-Oper" Ekaterina Baranova sagte, wird dieses Geschenk

dringend benötigt und die Herstellung eines Schuhs ist eine sehr mühsame und teure Angelegenheit.



<https://pp.vk.me/c631620/v631620835/e2e9/57oYoiQdyll.jpg>



<https://pp.vk.me/c631620/v631620835/e2f1/6TGfHxumhf4.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Die Kiewer Truppen haben weitere acht Panzer nach Staniza Luganskaja gebracht.
„Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz hat sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich verändert und kann als stabil-angespannt gekennzeichnet werden. Nach Angaben unserer Aufklärung wurde in Staniza Luganskaja die Ankunft von acht Panzern T-64 festgestellt. Die genannte Technik und das Personal wurden in Privathäusern in der Thälmann-Straße und im Gebiet der Eisenbahngebäude stationiert“, teilte Jaschtschenko mit. Die Kiewer Truppen zwingen weiterhin Einwohner von Staniza Luganskaja, zugunsten der Schließung des Passierpunkts über die Kontaktlinie nach Lugansk zu unterschreiben.
„Es wird die Information bestätigt, dass in Staniza Luganskaja Vertreter der Nationalgarde mit der Drohung mit Repressionen weiterhin eine Unterschriftensammlung bei der friedlichen Bevölkerung zugunsten der Schließung des Fußgängerüberwegs sammeln“, sagte er. Nach den Worten Jaschtschenkos ist die Motivation für die Schließung „die angeblich stattfindenden Beschüsse vom Territorium der LVR auf die Positionen der ukrainischen

Streitkräfte und der Nationalgarde“.

„Wir meinen, dass die grundlegende Ursache der genannten Provokation die Blockade von Lugansk und der Ortschaften, die zur LVR gehören, ist sowie des Verkehrs der örtlichen Bevölkerung über den Passierpunkt. In Zusammenhang mit der Schließung des Übergangs verlieren die Menschen die Möglichkeit, auf unserem Territorium ihre verschiedenen sozialen Fragen zu lösen, wie die Auszahlung von Renten und anderen Sozialzahlungen“, sagte der stellvertretende Leiter des Stabs.

Dan-news.info: Eine friedliche Einwohnerin von Sajzewo im Norden von Gorlowka wurde durch einen Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen verletzt. Dies teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

„Gestern wurde bei einem Beschuss von Sajzewo eine Frau verletzt, sie ist im Krankenhaus“, sagte Basurin.

Ukrinform.ua: Am 2. Februar ist eine Regierungsanordnung vom 20. Januar 2016 über ein Embargo gegen weitere russische Lebensmittel in Kraft getreten.

Mit dieser Anordnung ergänzte die ukrainische Regierung die Liste mit russischen Waren, deren Einfuhr verboten ist. Unter das Verbot fallen Küchenzwiebel, grüner Tee, Fisch und Fischkonserven, Kaviar, Fischrogen, unterschiedliche Süßigkeiten u.a.m.

Russland hatte seit dem 1. Januar 2016 Lebensmittelimporte aus der Ukraine verboten. Die Ukraine reagierte auf das Verbot mit Gegensanktionen.

De.sputniknews.com: Russland dreht Ölhaun auf: Höchste Förderquote seit Sowjetzeit
Trotz des Überangebots und des Preisverfalls am Ölmarkt steigert Russland die Förderquote weiter: Im Januar hat das Land so viel Erdöl gefördert wie seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr. Laut dem Energieministerium hat die Tagesproduktion mit fast 10,88 Millionen Barrel (159 Liter) den Höchststand seit 25 Jahren erreicht.

Dan-news.info: Eine ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppe hat im Gebiet des Volvo-Zentrums am nordwestlichen Rand von Donezk einen Durchbruchversuch unternommen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Ein Durchbruchversuch einer Diversions- und Erkundungsgruppe von ukrainischer Seite aus erfolgte zwischen dem Volvo-Zentrum und Peski gegen 11:00“, informierte die Quelle.

Der Gesprächspartner der Agentur unterstrich, dass der Gegner von seinen Positionen in Peski die Diversionsgruppe mit Hilfe von Granatwerfern der Kaliber 82 und 120mm deckte.

„Der Durchbruchversuch der Diversionen- und Erkundungsgruppe war nicht erfolgreich und die ukrainischen Truppen setzen den Beschuss fort“, fügte die Quelle hinzu.

De.sputniknews.com: Kreml-Sprecher: Russland ist für ausländische Investitionen offen
Russland bleibt nach wie vor für ausländische Investitionen offen. Es geht nicht darum, dass ausländische Investoren nicht an der Privatisierung teilnehmen können, sagte Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, zu Journalisten...

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich in den letzten 24 Stunden nicht verändert.

Die ukrainischen Truppen haben 109 Mal das Territorium der Republik in der Folge von 28 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung beschossen. Im Verlauf der Beschüsse hat der Gegner folgende Waffen angewendet: Granatwerfer des Kalibers 120mm – 53 Mal, 82mm-Granatwerfer – 46 Mal, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen – zehn Mal.

Intensive Beschüsse gingen von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade unter dem Kommando des Verbrechers Jakubow von den Ortschaften Showanka und Bachmutowka auf das Territorium von Sajzewo aus. Insgesamt wurden mehr 70 Granatgeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Tagsüber wurde in der Folge des Beschusses des Dorfes durch die ukrainischen Gruppen eine Frau – Larisa Wiktorowna Jowik – verletzt.

Nicht weniger heftig wurden folgende Ortschaften von den Strafruppen beschossen: Losowoje, Schirokaja Balka, Shabitschewo, Spartak, das Volvo-Zentrum, das Gebiet des Flughafens der Stadt Donezk.

Ein weiterer friedlicher Einwohner – Sergej Gagikowitsch Akobjan – wurde verletzt, als er mit dem Auto auf eine ukrainische Mine im Gebiet von Schirokaja Balka in der sogenannten „grauen Zone“ geriet.

Unsere Aufklärung stellt weiterhin eine Konzentration von Personal und Militärtechnik des Gegners entlang der Abgrenzungslinie fest.

So wurde in den folgenden Gebieten festgestellt:

Beresowoje, 6 km von der Kontaktlinie, die Verlagerung von 50 Einheiten Militärtechnik, darunter: 14 Panzer, 18 Einheiten Panzertechnik, 4 Artilleriegeschütze, 5

Mehrfachraketenwerfer „Grad“, drei Sattelschlepper mit Granatwerfern des Kalibers 120mm, sechs Fahrzeuge mit Personal und Munition;

Andrejewka, 17 km von der Kontaktlinie, im Bahnhof die Ankunft von zwei Waggons mit Munition und Tanks mit Dieseltreibstoff;

Selidowo, 35 km von der Kontaktlinie, die Ankunft einer Kolonne Minenräumgeräte mit sechs Panzern, die bei Donezk stationiert werden sollen.

Es gehen weiter Informationen über nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Streitkräfte ein. So starb im 34. Bataillon der 57. Panzergrenadierbrigade ein Soldat, in der 93. Panzergrenadierbrigade starb ein Soldat und zwei wurden verletzt. Die Verluste sind mit Selbstmordabsichten der ukrainischen Soldaten in den Frontpositionen sowie mit Konflikten aufgrund von übermäßigem Alkoholenuss verbunden.

Soldaten, die auf die Seite der Armee der DVR übergegangen sind, decken weiter Fakten der nicht zufriedenstellenden materiellen Absicherung ihrer Abteilungen und eines entsprechend niedrigen Motivationslevels der ukrainischen Soldaten auf. Insbesondere wurden nach den Worten von Soldaten der 56. Panzergrenadierbrigade zum Besuch Petr Poroschenkos von den Kommandeuren der ukrainischen Streitkräfte ein

Demonstrationsschützengraben von 300 Metern vorbereitet, um ihm den dreifachen Verteidigungsring um die Stadt Mariupol zu demonstrieren. Bei der Vorführung dieses Schützengrabens war die gesamte Demonstration aller Verteidigungslinien von Mariupol darauf konzentriert. Die übrigen Positionen waren in einem halb zerstörten Zustand oder überhaupt nicht bereit. Aber der Präsident war zufrieden, obwohl die zugeteilten Mittel unterschlagen worden waren.

Auch die Sachbestände werden verkauft. Es wird beim Verkauf an der Qualität der Lebensmittel gespart. Die ukrainischen Soldaten bestätigen, dass die materielle Grundversorgung durch Freiwilligenorganisationen erfolgt. Der Stab mit dem Oligarchenpräsidenten ist praktisch nicht an der realen Absicherung seiner Armee beteiligt. Nach den Worten ukrainischer Soldaten sind 80% der Soldaten der 56. Brigade der ukrainischen Streitkräfte nicht bereit zu kämpfen und desertieren bei der ersten Gelegenheit oder begeben sich in Gefangenschaft.

Außerdem wird eine Verstärkung der Maßnahmen der ukrainischen Seite bezüglich der ökonomischen Blockade der DVR festgestellt. Insbesondere sucht das ukrainische Militärkommando nach Vorwänden für eine Schließung der Checkpoints zwischen der Republik und der Ukraine, um den Verkehrsfluss der Bürger einzuschränken. Unter den einschränkenden Maßnahmen leiden vor allem Rentner, die ihre Rente nicht erhalten können. Es werden Fahrzeuge mit humanitärer Hilfe sowie mit Medikamenten blockiert. Dies

alles nicht anderes als eine Fortsetzung des Genozids am Volk des Donbass von Seiten der Regierung der Ukraine.

Wir rufen die internationalen humanitären Organisationen auf, die Aufmerksamkeit auf die Akte des Genozids zu richten und in angemessener Weise auf sie zu reagieren.

Lug-info.com: Das Staatssicherheitsministerium der LVR weist auf die Verstärkung der Kontrolle der Sperrstunde im Zusammenhang mit der Aktivierung der Tätigkeit von Diversions- und Erkundungsgruppen auf dem Territorium der Republik fest. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

„Im Zusammenhang mit der Aktivierung der Tätigkeit von Diversions- und Erkundungsgruppen der Streitkräfte und Spezialdienste der Ukraine weist das Staatssicherheitsministerium der LVR auf die Verstärkung der Kontrolle über die Bewegungen von Bürgern und privatem Transport während der Sperrstunde hin“, teilte das Ministerium mit.

Die Sperrstunde gilt von 23:00 bis 6:00.

De.sputniknews.com: Die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran nehmen laut dem Chef des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma, Alexej Puschkow, einen strategischen Charakter an.

Der russische Parlamentarier traf sich mit dem außenpolitischen Berater des iranischen geistlichen Oberhauptes, Ali Akbar Velayati, der zu einem offiziellen Besuch in Moskau weilt. Nach dem Treffen sagte Puschkow gegenüber Journalisten, dass bei den Verhandlungen die Positionen Russlands und des Iran in Bezug auf die Syrien-Krise und die Perspektiven der Entwicklung von bilateralen Beziehungen erörtert wurden.

„Viel Aufmerksamkeit wurde den neuen Möglichkeiten gewidmet, die in den Bereichen Wirtschaft und Handel nach der Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran genutzt werden sollen“, sagte Puschkow.

„Wir wurden mit den Sichtweisen des Iran hinsichtlich der Außenpolitik der Länder vertraut gemacht, die momentan eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens spielen. Es ging auch darum, dass unsere Partnerschaft nicht einfach einen stabilen, sondern gar einen strategischen Charakter annimmt“, so Puschkow weiter.

Der Iran wurde am 16. Januar von den meisten der gegen das Land verhängten Sanktionen befreit. An dem Tag hatte die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA) ihren Bericht vorgelegt, in dem sie die Bereitschaft der Behörden des Iran bekräftigte, das Atompotenzial des Landes wesentlich zu verringern. Später bestätigten die EU und die USA die Aufhebung ihrer mit dem iranischen Atomprogramm verbundenen Wirtschaftssanktionen.

Die Aufhebung der gegen den Iran verhängten Sanktionen öffnete dem Land erneut den Zugang zum internationalen Bankensystem. Das erlaubt Teheran nun, ihm früher unzugängliche Waren im Ausland einzukaufen – zum Beispiel Flugzeuge, Fahrzeuge, Industrieausrüstungen und Medikamente.

Dnr-online.ru: Im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Wetterbedingungen und dem Sinken der Lufttemperatur sowie mit dem Ziel, eine Unterkühlung von Kindern zu verhindern hat der staatliche Dienst für Familien und Kinder der DVR Maßnahmen zur Verhütung von Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Kindern im Winter durchgeführt.

Die Leiter der Abteilungen für Angelegenheiten von Familien und Kindern von Bezirken und Städten haben ein Arbeitstreffen bei den Leitern der örtlichen Verwaltungen zu Fragen der Sicherung der unterbrechungsfreien Arbeit der städtischen Dienste durchgeführt. Die Leiter von sozialen Zentren für Kinder und des republikanischen Zentrums für sozial-psychologische Hilfe haben Wärmepunkte für die Bevölkerung organisiert mit dem Ziel,

Situationen zu verhindern, die das Leben und Gesundheit der Menschen im Winter bedrohen, teilte der Pressedienste des staatlichen Dienste für Angelegenheiten von Familien und Kindern mit.

In den allgemeinbildenden Schulen und sozialen Zentren für Kinder der Republik haben Spezialisten der Abteilungen für Angelegenheiten von Familien und Kindern Gespräche zu den Themen „An was ist zu denken, wenn die Ferien beginnen!“, „Über Verhaltensregeln auf den Straßen während starker Fröste“ organisiert. Es wurde ein Informationsblatt und Hefte zu Themen wie „Anzeichen von Erfrierungen und allgemeinen Unterkühlungen“, „Vorbeugung von Grippe“ herausgegeben, die unter Schülern und Studenten verteilt wurden.

In der ganzen Republik wurden Besuche in Familien organisiert, die sich in schwierigen Lebensverhältnissen befinden, um die Lebensbedingungen der Kinder herauszufinden, sowie Kontrollen an Orten, wo viele Kinder in Krisensituation leben.

Ein Ergebnis der Arbeit ist die Prophylaxe von Verletzungen von Kindern im Winter und die Verbeugung von Unterkühlungsfällen.

De.sputniknews.com: Der französische Fernsehsender Canal+ hat gestern den Dokumentarfilm „Ukraine, les masques de la révolution“ („Ukraine, die Masken der Revolution“) gezeigt. Kiew zeigt sich brüskiert.

Den Behörden in Kiew konnte das unmöglich gefallen, und die ukrainische Botschaft in Paris hatte am Vortag von dem Sender verlangt, die Ausstrahlung des Streifens abzusagen. Auch mehrere Medien wie etwa die Zeitung „Le Monde“ und Personen des öffentlichen Lebens, die für ihre Russland-Feindlichkeit bekannt sind, versuchten, Canal+ unter Druck zu setzen. Der Sender blieb seiner Politik jedoch treu und hat dadurch offenbar sein Ansehen bei den Zuschauern gefestigt.

Für die Franzosen war das ein richtiger Schock, denn sie haben schreckliche Dinge gesehen, die in der Ukraine passiert sind und immer noch passieren. In Russland ist beispielsweise die Tragödie in Odessa am 2. Mai 2014 allgemein bekannt, als ukrainische Nationalisten 48 ethnische Russen im Haus der Gewerkschaften nur deswegen lebend verbrannten, weil sie eben Russen waren. In Frankreich wusste bislang kaum jemand davon. Selbst der Regisseur räumte ein, von diesem Drama erst während der Dreharbeiten erfahren zu haben. Er hatte den Mut, furchtbare Bilder zu zeigen, die von den Teilnehmern dieses Massakers aufgenommen worden waren, darunter blutende Menschen, Leichname, schreiende Mörder und die Tränen von Frauen, die an diesem Tag ihre Kinder verloren. Regisseur Paul Moreira zeigte sich überzeugt, dass die wichtigste Triebkraft des Machtsturzes in der Ukraine nationalistische Gruppierungen wie der „Rechte Sektor“ waren, die auch jetzt den Behörden in Kiew sagen, was diese zu tun haben. „Der Maidan hat Monster auf die Welt gebracht, die jetzt gegen ihn kämpfen“, stellte der Regisseur fest. Er zeigte seinen Mitbürgern die wahren, widerwärtigen Gesichter der Kommandeure der extremistischen Formationen, mit denen er sich treffen konnte. Unter anderem waren das der Organisator des Pogroms in Odessa, Mark Gordijenko, der Kommandeur des Bataillons „Asow“, Andrej Bilezki und der Abgeordnete der Radikalen-Partei, Igor Bossijtschuk, der jetzt in der Obersten Rada (ukrainisches Parlament) sitzt. Zudem hatte Moreira einen Stützpunkt des Bataillons „Asow“ besucht, wo die Kämpfer sich mit Bildern von Adolf Hitler fotografieren ließen.

Auch die Rolle der USA bei der Organisation des ukrainischen Staatsstreichs verschwieg der französische Regisseur nicht: Er zeigte deutlich die wahren Drahtzieher aus Übersee. Das Land stürze in den Abgrund, aber US-Vizepräsident Joe Biden, Vizeaußenministerin Victoria Nuland und Senator John McCain, die in dem Film zu sehen waren, interessieren sich dafür überhaupt nicht, stellte Moreira fest. Denn Kiew habe seine Rolle gespielt: Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, das Washington in den Hintergrund der Weltpolitik drängen wollte, sind angespannter geworden.

Dnrsovet.su: Heute, am 2. Februar, fand eine Sitzung des Komitees für zivile, strafrechtliche, schiedsgerichtliche und prozessuale Gesetzgebung statt. Die Teilnehmer erörterten Gutachten zum Gesetzesentwurf „Über Änderungen am Strafrechtsgesetzbuch der DVR“. Der Entwurf wurde vom Oberhaupt der Republik im Rahmen seines Rechts aus gesetzgeberischen Initiativen eingebracht.

Auf der Sitzung waren Vertreter des Justizministeriums, des Innenministeriums, der zentralen Militärstaatsanwaltschaft der Generalstaatsanwaltschaft der DVR sowie der Donbasser Juristischen Akademie und der Donezker Staatlichen Verwaltungshochschule anwesend.

Der Vorsitzende des Komitees des Volkssowjets der DVR für zivile, strafrechtliche, schiedsgerichtliche und prozessuale Gesetzgebung Sergej Rubin berichtete über die Wichtigkeit des Gesetzesentwurfs als juristische Basis, um Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und ungesetzlicher bewaffneter Formationen der Ukraine für Handlungen terroristischer Art zur Verantwortung zu ziehen.

„Der neue Gesetzesentwurf ermöglicht es den Kiewer Terroristen nicht, sich der Verantwortung zu entziehen. Die Annahme des jetzigen Gesetzesentwurfs ist bedingt durch die Notwendigkeit, in der DVR die strafrechtliche Verantwortung für terroristische Handlungen zu etablieren mit dem Ziel der Verteidigung der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers sowie zur Schaffung eines effektiven Mechanismus für die Verhinderung von Verbrechen. Das Neue dieses Gesetzesentwurfs besteht in der Festlegung einer strafrechtlichen Verantwortung für die Verletzung von Normen des internationalen humanitären Rechts während bewaffneter Konflikte“, unterstrich Sergej Rubin.

Der Vertreter des Innenministeriums der DVR Jurij Nemow lenkte die Aufmerksamkeit der Anwesenden darauf, dass der neue Gesetzesentwurf nicht den zuvor beschlossenen Gesetzen widerspricht und seine Annahme keine Änderungen in der geltenden Gesetzgebung erfordert und auch keine weiteren Ausgaben.....

Der Abgeordnete Dmitrij Grischin unterstrich, dass die DVR als souveräner Staat verpflichtet ist, Kriegsverbrecher auf seinem Territorium nach dem Gesetz zu verfolgen.

„Die Rechtssituation der Seiten während der Führung von Kriegshandlungen, bei Kriegen oder bewaffneten Konflikten ist in vielem durch das internationale humanitäre Recht bestimmt, dagegen gehört weder die Aufklärung der Ursachen für einen bewaffneten Konflikt noch die Bestimmung der Schuldigen an dessen Aufkommen zu den Aufgaben des internationalen humanitären Rechts. Gemäß dem Prinzip der allgemeinen Rechtsprechung ist ein Staat verpflichtet, Kriegsverbrecher, die sich auf seinem Territorium befinden, zu verfolgen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, Nationalität, unabhängig davon, wo und gegen wen sie eine Kriegsverbrechen begangen haben“, sagte der Abgeordnete.

Im Ergebnis seiner Arbeit beschloss das Komitee, den vorliegenden Gesetzesentwurf in den Volkssowjet der DVR einzubringen und die erste Lesung auf seiner Grundlage durchzuführen.

Abends:

Ukrinform.ua: Zypern hat die Ratifikationsurkunde zum Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und EU an den EU-Rat übergeben. Bald wird das auch Belgien tun, das das Abkommen im Dezember 2015 ratifizierte, teilte EU-Botschafter in Kiew Jan Tombinski. Im April wird in den Niederlanden ein Referendum zum Assoziierungsabkommen stattfinden. Tombinski hofft auf ein positives Ergebnis für die Ukraine.

Die Niederlande bleiben ein einziges Land, das die Ratifikation des Abkommens noch nicht abgeschlossen hat.

Dan-news.info: Die Rechtsanwälte des Odessaer „Antimaidans“ haben eine gesellschaftliche Organisation für die Erfassung und Identifizierung von politischen Gefangenen in der Ukraine gegründet, um zu vermeiden, dass beim Austausch mit den Volksrepubliken keine beliebigen Personen als Kriegsgefangene ausgegeben werden können. Dies teilte heute einer der Organisatoren des Projekts, der Rechtsanwalt Kirill Schewtschuk, mit.

„Wir haben in Odessa eine gesellschaftliche Organisation gegründet „Odessaer Menschenrechtsgruppe“. Sie hat jetzt das Projekt begonnen, eine Liste von politischen Gefangenen in der Ukraine aufzustellen. Wir planen, die Liste der Führung ihrer Republik zu übergeben, damit im Fall von Austausch die Ukraine nicht Personen übergeben kann, die keinerlei Beziehung zum Konflikt haben“, sagte Schewtschuk.

Nach den Worten des Rechtsanwalts werden in die Liste alle politischen Gefangenen aufgenommen, die seit der Zeit des Maidans von Spezialdiensten der Ukraine wegen Widerstands gegen das gegenwärtige Regime festgenommen wurden.

Nach den letzten Angaben des Apparats der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte werden in den Gefängnissen der ukrainischen Seite ungesetzlich etwa 1106 Menschen festgehalten. Unter ihnen sind 362 Soldaten, 575 politische Gefangene und 169 Zivilisten, die keine Beziehung zum Konflikt haben. Weiter sind 421 Menschen als vermisst registriert.